



Beauftragte für Migrations-, Asyl- und Menschenrechtsfragen
Shanghaiallee 12, 20457 Hamburg

PRESSEMITTEILUNG

Medienberichten zufolge plant die Bundesregierung für den morgigen Dienstag (24. Januar) eine weitere Sammelabschiebung nach Afghanistan. Wie gemeldet wird, ist auch Hamburg erneut daran beteiligt.

Die Flüchtlingsbeauftragte der Nordkirche, Dietlind Jochims, protestiert dagegen scharf: „Die Sicherheitslage im gesamten Land lässt keine Abschiebungen nach Afghanistan zu. Diese Einschätzung hat das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) in einer aktuellen Studie bestätigt. Angesichts solcher Erkenntnisse weiter an Rückführungen festzuhalten, ist unverantwortlich.“

Vor dem Hintergrund der heute geplanten Verleihung des 5. Internationalen Willy-Brandt-Preises der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an das UNHCR, zu der der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel die Laudatio halten wird, betont Dietlind Jochims: „Das sollte nicht nur eine Würdigung des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen sein, sondern zugleich der SPD eine Verpflichtung zu konsequentem Einstehen für Humanität und Menschenrechte.“

Darüber hinaus fordert Jochims den rot-grünen Senat der Freien und Hansestadt Hamburg auf, für die vielen gut integrierten Afghanen in der Stadt verbindliche Bleiberechtsregelungen zu schaffen. Dies betreffe auch die Personen, die bis 2016 Aufenthaltstitel über die damalige „Senatorenregelung“ erhielten, die später abgeschafft worden sei: „Es ist absurd und kontraproduktiv, dass Menschen, die von einem Erfolgsmodell der Integration profitiert haben, zurückfallen in den prekären und unsicheren Status der Duldung.“